Zur Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Die Botschafterkonferenz in Paris hielt am [illegible] eine Sitzung ab. Sie beschäftigte sich mit der Abstimmung in Marienwerder und Allenstein. Die beiden Kommissionen an Ort und Stelle bekamen Vollmacht, alle die Volksabstimmung betreffenden Einzelfragen zu regeln. Die deutsch-polnische Kommission, die die Aufgabe hat, die Schwierigkeiten des Transitverkehrs durch den polnischen Korridor zu regeln und das in Artikel 89 des Versailler Vertrages vorgesehene Abkommen auszuarbeiten, ist als [illegible] zugeteilt.

Neue polnische Schikanen.

Die Polen haben neuerdings ihre Schikanen gegen Deutschland auch auf die bestehenden Eisenbahnverhältnisse ausgedehnt. Wie verlautet, ist der sogenannte Militärzug [illegible], der nach Abmachungen, die seinerzeit in Paris getroffen wurden, wöchentlich einmal für unsere in Ostpreußen befindlichen Truppen Material usw. befördern sollte, angehalten worden. Ob diese Maßnahme auf Anordnung der interalliierten Kommission oder der polnischen Behörden zurückzuführen ist, war bisher nicht festzustellen.

Anzeichen eines polnischen Putsches.

Die Berliner Abendblätter bringen weiter Meldungen über Anzeichen eines bevorstehenden polnischen Putsches in den ost- und westpreußischen Abstimmungsgebieten. Aus Marienwerder kommt die Nachricht, daß 800 polnische Zivilisten im Anmarsche seien und daß die Polen eine Störung der Abstimmung planen. In Deutsch-Eylau ist es bereits zu schweren Ausschreitungen der Polen gekommen. Im Kreise Stuhm deuten zahlreiche Waffenfunde auf Putschvorbereitungen hin. Polnische Agenten versuchen in der Maske deutscher Patrioten unter Hinweis auf den nahen Zusammenbruch Polens infolge der russischen Siege die deutsche Bevölkerung und die deutschen Grenztruppen zum Einfalle in Polen zu bewegen, um dadurch einen Aufschub der Abstimmung rechtfertigen zu können.

Zu den beunruhigenden Gerüchten über den drohenden Einmarsch polnischer Truppen in die Abstimmungsgebiete erklärte ein Mitglied der interalliierten Kommission, Oberstleutnant Bennet: Sollten die Polen auch die Grenze überschreiten, so würden die alliierten Besatzungstruppen sofort energische Abwehrmaßnahmen ergreifen. Nötigenfalls würde die Reichswehr herangezogen werden. Ferner könnten auch rheinische Besatzungstruppen nach Allenstein befördert werden.

Ein deutscher Tag in Hohenstein.

Zu einer überaus eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich der deutsche Tag, dessen Feier am Donnerstag in Hohenstein stattfand. Die kleine Masurenstadt zeigte reichsten Flaggen- und Blumenschmuck. Aus der Umgebung, insbesondere auch aus Tannenberg waren große Scharen von Abstimmungsberechtigten herbeigeeilt. Der Vorsitzende des Heimatvereins Hohenstein begrüßte die Erschienenen, namentlich den Reichskommissar Freiherrn v. Gayl. Namens der Hohensteiner Bevölkerung erklärte der erste Redner, daß Hohenstein deutsch sei und deutsch bleiben wolle. Konsistorialrat Wieher-Allenstein richtete sodann markige Worte des Deutschtums an die Versammelten. Der Redner schilderte weiter das Schicksal des Masurenlandes, das zum deutschen Lande durch die Kolonisationstätigkeit des Ritterordens geworden sei. Vier Tage vor der Abstimmung müsse jeder im Lande an die Gräber der Helden denken, die 1914 Ostpreußen befreit hätten. Jeder müsse sich gerade an diesem historischen Orte den Namen Tannenberg in die Erinnerung zurückrufen. Jetzt gelte es nicht nur deutsch zu heißen, sondern auch Deutsche sein zu wollen. Danach wurde ein Telegramm des Generalfeldmarschalls von Hindenburg verlesen, das [illegible] und das die Ostpreußen aufforderte, der Welt zu zeigen, daß Ostpreußen deutsch sei. Die Drahtung des Generalfeldmarschalls schloß mit den Worten: Vorwärts mit Gott wie einst bei Tannenberg. Zum Schluß ergriff noch ein Redner aus dem an Polen abgetretenen Gebiet das Wort. Der Redner fand begeisterte Zustimmung, als er damit schloß, daß Ostpreußen als treue Grenzwacht jederzeit für das Reich eintreten würde. An die Kundgebung auf dem Marktplatze schloß sich ein Festzug.

Die Einteilung des Reichswirtschaftsrates.

Der neue Reichswirtschaftsrat kennt keine Fraktionen, er hat sich in 10 Fachgruppen geteilt. Jede Gruppe setzt sich aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammen. Die Gruppen gliedern sich wie folgt: 1. Land- und Forstwirtschaft, 2. Gärtnerei und Fischerei, 3. Industrie, 4. Handel, Banken, Versicherungswesen, 5. Verkehr [illegible], 6. Handwerk, 7. Verbraucherschaft (Mieter, Vermieter, Hausfrauen, Hausangestellte [illegible], Gemeinden, Verbraucher), 8. [illegible] Berufe, 9. mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Landesteile vertraute Persönlichkeiten, 10. von der Reichsregierung nach freiem Ermessen zu ernennende Personen. Die Zahl der aus dem Freistaat Sachsen stammenden Mitglieder beträgt 12. (Der Gruppe 3 gehört Herr Direktor [illegible] an.) Während unter den Arbeitnehmern der Industrie und des Handwerks fast durchgängig in einem Industrie- oder Handwerkszweige tätige Personen sind, erscheinen merkwürdigerweise von den vom Deutschen Landarbeiterverband und dem Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands benannten landwirtschaftlichen Arbeitnehmervertretern nur zwei Land- und Weinbergsarbeiter in Gruppe, während die übrigen dreizehn Schriftsteller, Sekretäre oder Angestellte sind. In [illegible] und wenig erfreulichem Maße werden [illegible] die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer durch die Angestellten der betreffenden Verbände vertreten. Aus Sachsen ist überhaupt kein Vertreter der Landarbeiter in den Reichswirtschaftsrat aufgenommen worden, ebensowenig ein Arbeitnehmervertreter der Industriegruppe. Der Reichswirtschaftsrat wird voraussichtlich erst im August wieder zusammentreten, um alsdann verschiedene neue wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung zu begutachten. Inzwischen haben sich ein Ausschuß für Volkswirtschaft und ein Ausschuß für Sozialpolitik gebildet.

Die Vollendung des Mittellandkanals.

Im Gesetzentwurf über die Vollendung des Mittellandkanals, der jetzt der preußischen Landesversammlung zugegangen ist, heißt es: Die Staatsregierung wird ermächtigt, für die Bauausführungen die Summe von [illegible] zu verwenden und zur Deckung der Kosten Staatsschuldverschreibungen auszugeben. [illegible]

[illegible] Abweichungen sind geplant nach Hildesheim, Braunschweig und Magdeburg.

[illegible] Tagen verbreiteter Aufruf des [illegible] französischen Oberkommandos der bewaffneten [illegible] Braunschweig" wird als Fälschung [illegible] herrsche völlige Ruhe. Gegen [illegible] Nachrichten werde strafrechtlich vorgegangen werden.

[illegible] reichung dieses Zieles ins Auge gefaßt.

[illegible]

Die Zentrumspartei in der Pfalz hat, wie [illegible] gemeldet wird, den Anschluß an die Bayerische Volkspartei beschlossen.

Eine internationale Funkkonferenz.

Die Internationale Konferenz der Telegraphenverwaltungen ist im Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Paris zusammengetreten, alle Länder Europas sind vertreten. Drei Kommissionen wurden eingesetzt. Sie beschäftigen sich mit der Wiederherstellung des internationalen Telegraphen- und Telephonverkehrs und mit der Frage des internationalen Funkendienstes. Deutschland ist auf der Konferenz durch sieben Delegierte vertreten.

Zulassung der Frauen zur juristischen Laufbahn.

Der Rechtsausschuß der preußischen Landesversammlung nahm gegen die Stimmen der Rechtsparteien eine Entschließung Oppenhoff (Christl. Vp.) an, die den Justizminister auffordert, Frauen unter den gleichen Voraussetzungen wie Männer für die juristische Prüfung zuzulassen, ohne daß sie dadurch die amtliche Stellung von Referendaren und Assessoren erhalten, was nach dem Stand der Gesetzgebung nicht zulässig wäre.

Ausnahmezustand im Freistaate Gotha aufgehoben.

Nach Bildung der neuen Regierung wurde der Ausnahmezustand im Freistaat Gotha heute aufgehoben.

Die Diebstähle und Entlassungen bei der Eisenbahn.

Im Finanzausschuß des Reichstages wurde vom Vertreter des Verkehrsministeriums mitgeteilt, daß im Monat Mai allein über 20000 Diebstähle aller Art festgestellt und 189 Angestellte aus dem Eisenbahndienst entlassen worden seien.

Fünf Mädchen ertrunken.

Beim Baden ertranken gestern nachmittag in Wangerow fünf junge Mädchen. Trotz mehrstündiger Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoffapparaten konnte keins gerettet werden.

U. S. P. und die dritte Internationale.

Wie der „Vorwärts" meldet, hatte die U. S. P. D. an den zurzeit in Moskau tagenden Kongreß des Vollzugsausschusses für die dritte Internationale das Ersuchen um Aufnahme gerichtet. Der Kongreß [illegible] Bedingungen für den Eintritt der U. S. P. D. in die dritte Internationale auf. [illegible] daß die U. S. P. D. von der dritten Internationale ausgeschlossen werde.

Hilfe für die Gefangenen in Sibirien.

[illegible] werden soll. Für Sachsen [illegible] Dresden Einzahlungen auf das Konto „Donation" der [illegible] entgegen.

[illegible]

[illegible] polizei von der Volksmenge umzingelt, wobei versucht wurde, den Beamten die Waffen zu entreißen. Die Polizei [illegible]

[illegible]

Der erste praktische Beweis, daß die [illegible] Zwangswirtschaft [illegible] verdrän- [illegible]

[illegible]

Auf Veranlassung und Einladung der [illegible]

[illegible] jeweils für die kommende [illegible] Zeitungen bekanntgegeben. Die [illegible] sollen sofort in Angriff genommen werden.

[illegible]

[illegible] Stelle mitgeteilt: Vor wenigen Tagen hatte die für Sachsen gültigen mitteldeutschen Bergarbeitertarife [illegible] eine Verbesserung erfahren. Trotzdem ist die Belegschaft der [illegible] in den Streik getreten und fordert [illegible] hinweg gegen 2 Mark [illegible] Übernahme der Steuerabzüge und Senkung der Lebensmittelpreise um 50 Prozent. Eine Bewilligung dieser Forderung für ein einzelnes dem Tarif [illegible] Werk wäre Tarifbruch. [illegible] Kraftwerk [illegible]

Die Auflösung der polnischen Armee.

Wie die „Tägliche Rundschau" aus [illegible] berichtet [illegible] in Oberschlesien eintreffende [illegible] über die Auflösung des polnischen Heeres. Der hastigen polnischen [illegible] Es findet ein Sturm auf die polnischen Banken statt, um die dort niedergelegten Kapitalien abzuheben.

Reuter meldet aus Warschau: Das polnische Kommuniqué gibt zu, daß die bolschewistische Reiterei Rowno besetzt hat. Die Bolschewisten haben bei [illegible] und südlich von [illegible] die Beresina überschritten.

Die Kämpfe in der Türkei.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris" hat Venizelos den Mitgliedern des Obersten Rates in Spa mitgeteilt, das Vorgehen der griechischen Truppen sei von vollständigem Erfolg gekrönt. Die [illegible] Mustapha Kemal Paschas seien genommen. — „Times" meldet aus Smyrna vom 8. Juli: Die Griechen haben [illegible], 30 Meilen östlich [illegible], besetzt. Vor der Räumung brannten die Nationalisten einen Teil der Stadt nieder und ermordeten eine Anzahl Christen, besonders Griechen. — Reuter meldet: Englische Seestreitkräfte haben Mudania und Ghemlek eingenommen. — Flüchtlinge in Konstantinopel berichten, daß die türkischen Nationalisten Brussa geräumt haben.

Daily Mail meldet aus Konstantinopel vom 6. Juli: Hier liegt ein Bericht vor, wonach die Franzosen die Besetzung der arabischen Zone in Syrien einschließlich Aleppo und Homs mit starken Kräften vorbereiten und in Alexandrette 12000 Mann gelandet haben.

Volkswirtschaftliche Wochenübersicht.

Die Ueberfremdung der deutschen Industrie durch das ausländische Kapital macht schnelle Fortschritte. Die bekannten [illegible] mit denen der Weltruf der deutschen Industrie begründet ist, geraten eines nach dem andern unter ausländischen Einfluß. Die Hamburg-Amerika-Linie hat sich [illegible] amerikanisieren müssen, um ihre Schiffahrtslinien wieder aufbauen zu können. Der Stumm-Konzern ist schon längst zu 60 Proz. in französische Hände geraten, so daß die deutsche Familie Stumm in ihren eigenen Unternehmungen keinen maßgebenden Einfluß mehr hat. Um das verlorengegangene [illegible] zu erlangen, hat die Vermögensverwaltung der Familie Stumm drei Viertel des Aktienkapitals der [illegible] Gußstahl- und Eisenwerke erworben. [illegible] die vor einigen Tagen angekündigte Kapitalserhöhung dieser Werke nicht dazu, auch hier ausländischem Kapital eine Eingangspforte zu öffnen. Dagegen spricht man viel davon, daß neuerdings in der allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft amerikanisches Kapital sich Eingang zu schaffen versuche.

[illegible]